

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserationspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 92.

Dienstag, den 18. November

1890.

Bekanntmachung, die Ein Sammlung milder Beiträge für die Diakonissen-Anstalt betreffend.

Die Königliche Kreishauptmannschaft Dresden hat dem Vorstande der evangelisch-lutherischen Diakonissenanstalt daselbst die nachgesuchte Erlaubnis zum Einsammeln milder Beiträge für die Zwecke dieser Anstalt in den Ortshöfen des Regierungsbezirkes Dresden auf die drei Jahre 1891, 1892 und 1893 erteilt. Es wird dies mit dem Bemerkten zur Kenntniss der Ortsbehörden des hiesigen Verwaltungsbezirkes gebracht, daß der von der Königlichen Kreishauptmannschaft hierüber ausgestellte Erlaubnis-Schein von dem Einsammler in jedem Gemeinde- bez. selbstständigen Gutsbezirke vor Beginn der Collecte der Ortsbehörde vorzulegen ist. Meissen, am 12. November 1890.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Auktion.

Kommenden Sonnabend, den 22. November d. J., von Vormittags 10 Uhr an, gefangen in hiesiger Stadt 7 Hobelbänke mit Handwerkzeug, 1 Möbeltransportwagen, 8 Kommoden, roh, 6 Waschtische, roh, 2 Klappwaschtische, roh, 17 Matratzenrahmen, Bretter, 1 große Wagenplane, 1 Kommode mit Glaschrank, 1 bezgl. mit Schreibpult, 1 Sopha, 1 Sopha, 1 Küchenschrank, 3 Bettstellen mit Betten, 1 Nähmaschine, 1 Stuhlgang und 1 Waschtisch gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung. Vieler Versammlung in der Schramm'schen Restauration allhier. Wilsdruff, am 14. November 1890.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.
Matthes.

Tagesgeschichte.

Mit einer glänzenden und sehr beachtenswerthen Rede hat sich der Reichskanzler v. Caprivi im preussischen Abgeordnetenhaus bei der Uebergabe der großen Reform-Vorlagen eingeführt. Er sagte zu deren Schluß: Zu einer Zeit, in welcher die soziale Frage eine so hervorragende Stellung einnimmt, müssen die Schritte der Regierung auch nach dieser Richtung hin geprüft werden. Wir müßten uns fragen, werden diese Gesetze dazu wirken, den Staat zu stärken und zu kräftigen? Die Staatsregierung hat keinen Anlaß gehobt, auf eine Stärkung ihrer Macht zu sehen. Die Staatsregierung ist sich ihres Rechts und ihrer Pflicht, die Gesetze mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen, die Ordnung im Staate zu erhalten, den Besitz zu schützen, vollkommen bewußt. Wir haben aber keine Anzeichen gefunden, daß die Gesetze dazu nicht ausreichen. Wenn sich solche Anzeichen finden sollten, wird die Staatsregierung nicht säumen, weitere Garantien zu schaffen. Ich lege Werth darauf, dies ausdrücklich zu erwähnen, um einer Richtung, welche die Staatsregierung eines schwächlichen Zuwartens beschuldigt, entgegenzutreten. Wir sind nicht gesonnen, aus Besorgnis zu Schritten zu schreiten, für die reelle Motive zur Zeit nicht vorhanden sind. Der Staat wird auch indirekt dadurch gestärkt, daß die Zahl der Gegner desselben vermindert wird. Die Regierung kann niederhalten und niederschlagen, damit ist die Sache aber nicht gemacht. Die Schäden müssen von innen heraus geheilt werden, und dazu gehört, daß die Liebe zum Staate, das Sichwohlfinden in weitere Kreise getragen wird. Wir werden von Jahr zu Jahr mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß gegenüber den staatsgefährlichen Tendenzen das Zusammenhalten aller staatsverhaltenden Elemente immer notwendiger wird. Ist das richtig, was sind dann alle Fragen, welche Meinungsverschiedenheiten der Parteien hervorgerufen können, gegen die Frage von Sein und Nichtsein des Staates, vor welche uns die Sozialdemokratie stellt, was ist die Defalarationspflicht, was die Zusammenlegung von Gemeinden und Gutsbezirken u. s. w.? Ich will deshalb mit einem Appell an das Haus schließen, über den Rahmen dieser Vorlage hinaus zusammenzuhaltend zur Erhaltung des Staates. Wir haben große Kriege erlebt, deren erfolgreichste Seite war, daß während ihrer Dauer alle Parteien ihren Hader vergaßen. Jetzt stehen wir auch in einem großen Kriege, der nicht weniger bedenklich ist. Warum sollte es da nicht ebenfalls möglich sein zu sagen: Hier das Vaterland! Da wollen wir alle Streitigkeiten vergessen!

Die Gesetzesvorlagen, welche die preussische Thronrede angekündigt und die der Reichskanzler in seiner Rede vor dem Abgeordnetenhaus näher begründet hat, sind von einem Umfange und von einer Bedeutung wie kaum je zuvor. Nachdem die innere Gesetzgebung in Preußen größeren Aufgaben des Reiches gegenüber Jahrzehnte gleichsam geruht hatte, nimmt sie jetzt einen neuen Aufschwung und holt früher Versäumtes nach, indem sie mit Reformen auf verschiedenen Gebieten des inneren staatlichen Lebens einsetzt. Dieser Vorgang ist von höchstem Interesse nicht bloß für Preußen, sondern auch für das übrige Deutschland, nicht allein deshalb, weil Preußen der größte deutsche Staat ist und von seinem Wohlergehen und seiner inneren Erstarkung notwendiger Weise auch allen übrigen deutschen Staaten ebenso Nutzen ziehen werden, wie sie im umgekehrten Falle Schaden davon haben müßten, sondern auch, weil seine Bestrebungen die anderen Bundesstaaten unter

Umständen zur Nachfolge reizen. Namentlich wir in Sachsen werden diesmal die Verhandlungen des preussischen Landtages mit besonderem Interesse verfolgen und, so dürfen wir hinzufügen, mit unseren besten Wünschen begleiten, denn was Preußen jetzt anstrebt, und in seinen Grenzen zur Einführung bringen will, das haben wir in Sachsen längst, es hat sich bei uns bewährt und die betreffenden preussischen Vorlagen sind den entsprechenden sächsischen Gesetzen eben deshalb mit Recht nur nachgebildet und schließen sich an dieselben vielfach sogar wörtlich an. Das gilt namentlich von dem neuen Einkommensteuervorschlag in Preußen und von der neuen Landgemeindeförderung.

In den nächsten Wochen wird das preussische Abgeordnetenhaus durch die Generaldebatten über die großen Reform-Vorlagen jedenfalls den Brennpunkt des parlamentarischen Interesses bilden. Daneben verdienen aber doch auch die Beratungen der Arbeiterschutz-Kommission des Reichstages fortgesetzte Beachtung, da sie das Feld für die weitere Plenarberatung der Arbeiterschutz-Vorlagen vorbereiten. Die genannte wichtige Kommission fördert die von ihr zu behandelnde schwierige Materie möglichst, jedoch unter gewissenhafter Prüfung der hervorragenden Einzelfragen, so daß mitunter auf die Beratung eines einzigen Paragraphen mehrere Stunden entfallen. Inwieweit die hier und da geäußerte bestimmte Vermuthung, die Kommission werde bis zum Wiederbeginn der Plenarsitzungen mindestens die erste Lesung der Vorlage beendet haben, erfüllen wird, steht also immerhin noch dahin. Auch im Bundesrathe arbeitet man fleißig, speciell was den neuen Reichetat anbelangt, der in der Vorberatung doch wohl bis Anfang Dezember fertiggestellt sein wird. Von den wichtigeren Einzelstaten ist dem Bundesrathe jetzt auch der Militärstat und der Etat der Militärarmulagen zugegangen. Ersterer fordert im Ganzen 372 Mill. Mark, 22 Mill. Mk. mehr, als der laufende Militärstat, die Militärarmulagen für das neue Etatsjahr aber beziffern sich insgesamt auf 324 Mill. Mark, die Ueberweisungen erreichen die Höhe von 331 Mill. Mark.

Das jetzt in Berlin ebenfalls tagende preussische Landesökonomie-Kollegium nahm in seiner Mittwochssitzung eine Reihe von Vorschriften an, welche sich auf den Schutz der bei landwirtschaftlichen Maschinen beschäftigten Arbeiter beziehen. Unzweifelhaft hat auf diese Beschlüsse die Rede mit eingewirkt, welche der Kaiser in der vorausgegangenen Sitzung des Landesökonomie-Kollegiums gehalten hatte und in welcher sich der kaiserliche Herr in bestimmter Weise für besseren Schutz der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben aussprach.

Der Reichstag wird vermutlich nicht vor dem 2. Dezember zusammentreten. Inzwischen tagt die Arbeiterschutz-Kommission, deren Beratungen gerade jetzt von besonderem Interesse sind, wo sie die Bestimmungen über Lohnzahlung, Schutzvorrichtungen und Sittlichkeitsvorkehrungen, über die Aufsicht bezüglich der Handhabung der hier gedachten Bestimmungen, endlich über das Verhältnis der Fabrikarbeiter, Gesellen und Gehilfen, sowie gewisser Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker zum Gegenstande haben. Die Verhandlungen werden anscheinend ruhiger und mit größerer Umsicht geführt, als dies vor der Verlegung des Reichstages geschehen ist.

Wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ hören, sind die Vorarbeiten für die Inkrassierung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-gesetzes soweit gediehen, daß der Kaiserl.

Verordnung, wodurch das Gesetz am 1. Januar 1891 in Kraft gesetzt wird, in Bälde entgegengesetzt werden kann. Der Entwurf sei bereits dem Bundesrathe zugegangen, ebenso der Entwurf einer Verordnung über das Verfahren und den Geschäftsgang des Reichsversicherungsamtes in der Angelegenheit der Invaliditäts- und Altersversicherung.

Invaliditäts- und Altersversicherung. — Im neuen Etat für das Reichsamt des Innern sind, wie bereits erwähnt, über 6 Mill. Mark als erster Zuschuß des Reichs zur Invaliditäts- und Altersversicherung ausgeworfen. Dieser Betrag wird lediglich auf die Altersrente entfallen. Invalidenrenten werden im ersten Jahr nur vereinzelt vorkommen, da auch in der Uebergangszeit das Anrecht auf die Rente an die Zahlung von mindestens 47 Wochenbeiträgen und an den Nachweis, einschließlich dieser Zeit 5 Jahre hindurch in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden zu haben, gebunden ist. Dagegen begründet das Gesetz für die über 70 Jahre alten, welche noch nicht invalide sind u. s. mehr als $\frac{1}{3}$ des ortsüblichen Tageslohns verdienen und ihre versicherungspflichtige Beschäftigung für 142 Wochen, vom 1. Januar 1888 ab gerechnet, nachweisen, sofort mit seinem Inkrafttreten Anspruch auf Altersrente. Die Zahl der über 70 Jahre alten Personen, welche ihrer Beschäftigung nach unter die Versicherung fallen, wird beinahe auf 140000 geschätzt. Man nimmt an, daß davon 10 Proz. schon altersschwach oder den Nachweis nicht erbringen können, sodas ungefähr für 124- bis 125000 Altersrentner ein Reichszuschuß von je 50 Mk. im ersten Jahre zu zahlen bleibt.

Zur Entlassung des Hospredigers Stöcker aus seinem Pfarramte lesen wir im „Evangelisch-kirchlichen Anzeiger“: „Es wird Vielen schwer werden, sich den Hosprediger Stöcker anders, denn als Prediger vorzustellen, und allgemein ist in kirchlichen Kreisen der Wunsch, daß seine hervorragende volkshäufige Predigtgabe dem Dienste der Gemeinde erhalten worden wäre. Die Doppelstellung eines konservativen Agitators und Hospredigers ließ sich freilich nur so lange behaupten, als der Wille Sr. Majestät es zuließ. Nachdem der allerhöchste Wille nunmehr gegen die Vereinigung dieser beiden Aufgaben entschieden hat, wäre es allerdings für die zahlreichen kirchlichen Freunde des Hospredigers Stöcker wünschenswert gewesen, daß die Entscheidung zu Gunsten des kirchlichen Amtes und nicht der politischen Thätigkeit ausgefallen, und er dem kirchlichen Dienste erhalten geblieben wäre. Die Entwicklung der Dinge hat einen anderen Verlauf genommen. Hoffen wir, daß auch dieser Verlauf für unsere evangelische Kirche ersprießlich sein werde durch die Arbeit, die Hosprediger Stöcker auch in freier Stellung noch für dieselbe thun wird.“

Die Auswanderung aus Rußland hat nachgerade einen unheimlichen Umfang angenommen. Ganze Dörfer stehen leer oder bergen nur noch Greise, Krüppel und Kranke, die zurückgelassen werden müßten. Die Ursachen dieser besorglichen Erscheinung sind, wie der „K. Z.“ geschrieben wird, nicht allein in der Noth und dem Elend zu suchen, in dem die Ausgewanderten lebten. Daran waren sie gewöhnt. Auch nicht der abenteuerliche Sinn allein treibt die Menschen in die Fremde. Laufende wandern aus, weil sie in ihren nationalen und kirchlichen Gefühlen auf's Schwerste verletzt wurden. Sie ziehen alle Freunde und Angehörigen mit. Die Auswanderung über die westlichen Grenzen ist immer stark gewesen, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse Westrusslands dazu zwingen. In den letzten Jahren sind die Deutschen hart be-